

Das bittere Ende des braven Soldaten Schmid

Auch wenn Samuel Schmid Bilanz besser ausfällt, als sein Abgang vermuten lässt: In Erinnerung bleiben wird der Berner als tragische Figur.

Von **Daniel Foppa**

Wenn einer weiss, dass Politik das langsame Bohren dicker Bretter ist, dann Samuel Schmid. Obwohl kein geborener Reformier, hielt es der Seeländer acht Jahre lang an der Spitze eines Departements und einer Institution aus, die den grössten Umbruch ihrer Geschichte erlebte: Während seiner Ära wurden im VBS 1700 Stellen abgebaut und die Armee um fast 200 000 Mann reduziert. Es gehört zur Tragik Schmidts, dass er diesen Schrumpfungprozess nie als Erfolg verkaufen konnte. Wer Zeughäuser schliesst, Generäle frühpensioniert und Traditionsverbände zerschlägt, schafft sich Feinde.

Begonnen hat alles ganz anders. Schmid wird am 6. Dezember 2000 mit 121 Stimmen ins Amt gewählt. Das Parlament zieht den «Anti-Blocker» den offiziellen SVP-Kandidaten Rita Fuhrer und Roland Eberle vor. Der Berner übernimmt von Adolf Ogi das Reformprojekt Armee XXI sowie eine brisante Abstimmungsvorlage. Kaum im Amt, muss er für die Militärgesetzrevision kämpfen. Sie ermöglicht bewaffnete Auslandseinsätze und ist in den Augen von Traditionalisten und Pazifisten ein Bruch mit der Neutralität. Schmid verteidigt die Vorlage gegen die SVP und wird als Landesverräter beschimpft. Die Stimmung ist derart aufgeheizt, dass er Polizeischutz braucht. Am 10. Juni 2001 gewinnt Schmid die Zitterpartie: Das Volk sagt mit 51 Prozent denkbar knapp Ja.

Auch nach der Abstimmung dauert der Widerstand gegen die Reform an. Schmid ist zu Zugeständnissen bereit, hält jedoch an der Reduktion der Bestände und der kürzeren Dienstzeit fest. Traditionalisten laufen Sturm und warnen vor einer Armee nach Nato-Vorbild. Schmid muss sich erneut einer Abstimmung stellen – und gewinnt überraschend klar: 76 Prozent sagen am 18. Mai 2003 Ja zur Armee XXI. Es ist Schmidts grösster Triumph.

Brandmarke «halber Bundesrat»

Nach dem Sieg häufen sich die Probleme. Das Armeebudget wird um 700 Millionen gekürzt, die Logistik funktioniert nicht, und es mangelt an Instruktoren. Schmid hält das Schiff so gut es geht auf Kurs. Sein ausgeprägtes Vertrauen in die Untergebenen führt dazu, dass er oft erst eingreift, wenn es bereits zu Problemen gekommen ist. Gleichzeitig werden die Schwierigkeiten, die bei einer derart umfassenden Armeeerform unvermeidlich sind, von den Parteien jeweils umgehend für ihre Zwecke ausgeschlachtet.

Parallel dazu gerät Schmid parteiintern immer ernster in Bedrängnis. Blochers Ausspruch vom «halben Bundesrat» bleibt an ihm haften. 2003 wird Blocher Bundesrat. Schmid, der bereits über einen Departementswechsel nachgedacht hat, entschliesst sich zu bleiben: Er will die Armee nicht seinem Widersacher überlassen.

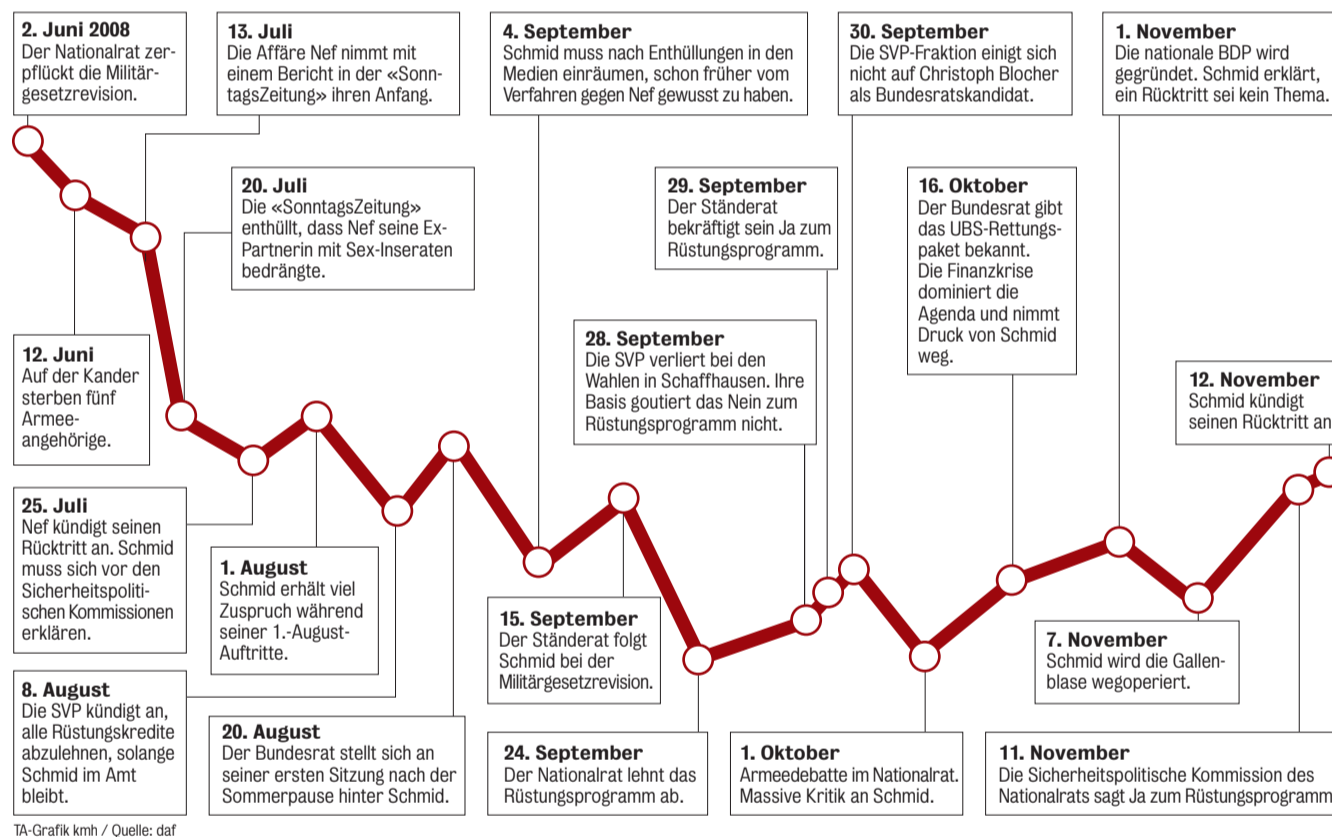
Der bodenständige Schmid findet einen guten Draht zur Truppe und zur Bevölkerung – im politischen Alltag hingegen wird die schwindende Hausmacht zur Hypothek. 2005 brüskiert die SVP ihren Bundesrat und versenkt zusammen mit der SP erstmals in der Geschichte der Schweiz ein Rüstungsprogramm. Schmid muss als Konzession die für Auslandseinsätze gedachten Transportflugzeuge opfern, um eine abgespeckte Version zu retten. Auch



BILD MICHELE LIMINA/KEYSTONE

Ohne Gefolgschaft: Samuel Schmid versucht am Spengler-Cup 2001 Begeisterung zu entfachen.

Samuel Schmidts Formkurve während seiner letzten Monate als Bundesrat



CVP und SP versuchen bereits, ihrem ewigen Bundesrats-Joker Urs Schwaller den Weg zu ebnet

CVP und SP stellen Bedingungen, die von einem SVP-Kandidaten nur schwer zu erfüllen sind. Am Schluss könnte deshalb CVP-Fraktionschef Urs Schwaller der lachende Dritte sein.

Von **Philipp Mäder, Bern**

Im Allgemeinen bekennen sich alle Parteien zur Konkordanz: «Die CVP hat den Anspruch der SVP auf eine Vertretung im Bundesrat nie bestritten», teilt die Partei per Communiqué mit. Und die Linken doppelten nach: «Die SP steht grundsätzlich zur Konkordanz.»

Dann ist jedoch Schluss mit Support für das Modell, bei dem alle grossen Parteien im Bundesrat zusammenarbeiten. Einzige die FDP will keine konkreten Ansprüche an den SVP-Kandidaten formulieren. Die Parteichefs von CVP und SP hingegen stellen Hürden für eine Rückkehr der SVP in die Regierung auf. Und diese sind so hoch, dass sie die Partei nur schwer überwinden kann, wenn sie mit einem Kandidaten auf Blocher-Linie antritt.

Am weitesten geht CVP-Präsident Christophe Darbellay: «Ein SVP-Kandidat ist für uns nur wählbar, wenn er Ja sagt zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit.» Schliesslich sei der bilaterale Weg mit der EU für die Schweizer Wirtschaft existenz-

ziell. Dabei weiss Darbellay genau, dass die Parteileitung der SVP vor kurzem offiziell verkündet hat, dass sie das Paket zur Personenfreizügigkeit ablehnt.

Nicht weniger strikt ist die SP. Zwar will sie keine Bedingungen betreffend Sachgeschäfte formulieren. Doch SP-Präsident Christian Levrat sagt, die SVP müsse ihre Parteinteressen zugunsten des Gesamten zurückstellen. Die SP akzeptiere nicht, dass es nochmals vier Jahr zu- und hergehe wie mit Christoph Blocher im Bundesrat. Für Levrat heisst das im Klartext: «Für uns sind weder Blocher noch dessen nahe Verbündete wählbar.» Und für die Grünen ist ohnehin klar: «Im Moment ist es nicht denkbar, einen SVPler zu wählen», sagt Präsident Ueli Leuenberger.

Damit ist die Rechnung schnell gemacht: Die Fraktionen von CVP, SP und Grünen haben im Parlament eine knappe Mehrheit. Wenn sie geschlossen stimmen, können sie bei der Wahl vom 10. Dezember einen SVP-Kandidaten auf Blocher-Linie verhindern. Wie sie bereits Blocher aus der Regierung warfen.

Doch wie würde es dann weitergehen? Klar ist, dass die Grünen erneut Anspruch auf einen Sitz in der Regierung erheben. «Das haben wir bereits letzten Dezember beschlossen», sagt Leuenberger. Ebenso klar ist, dass die Grünen den Sitz nicht bekommen. Nicht einmal die SP unterstützt sie. «Es ist sinnvoller, wenn im Bundesrat die grossen Parteien vertreten sind», sagt SP-Fraktionschefin Ursula Wyss.

SP und FDP sind mit je zwei Bundesräten gut vertreten. Und die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) von Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf wird sicher keinen Anspruch erheben. Somit bliebe nur noch die CVP übrig. Offiziell will diese einen zweiten Sitz erst erobern, wenn ein FDP-Bundesrat zurücktritt. Doch bereits letztes Jahr wäre CVP-Fraktionschef Urs Schwaller bereitgestanden, um sich vom Parlament in die Regierung hieven zu lassen. Und Schwaller könnte dieses Mal erneut zum Kandidaten mit Chancen werden – vor allem, wenn ihn die CVP nominiert. Dann dürfte ihn auch die SP unterstützen, hört man dort.

«Werden für alles gerüstet sein»

Angesichts dieses Szenarios erscheint auch Darbellays Bedingung an einen SVP-Kandidaten, die Personenfreizügigkeit zu unterstützen, in einem anderen Licht: Der CVP-Chef könnte so gezielt den Weg für seinen Fraktionschef ebnet. Offiziell will davon natürlich niemand etwas wissen. «Ich spreche im Moment sicher nicht über Alternativen zur SVP», sagt Darbellay – fügt aber hinzu: «Wir werden für alles gerüstet sein, das ist klar.» Und Schwaller selbst, der bereits bei der Nachfolge von Joseph Deiss als Kandidat gehandelt wurde, sagt: «Jetzt habe ich sicher keine Veranlassung, mich ins Gespräch zu bringen.» Auf gut Deutsch heisst das: Ich würde gerne Bundesrat werden.

der Entwicklungsschritt 08/11 wird erst im zweiten Durchgang vom Parlament bewilligt. In epischen Ratsdebatten verteidigt Schmid die Reform.

Dann kommt der 12. Juli 2007. Mit dem Tod von sechs Soldaten an der Jungfrau setzt eine Kaskade dramatischer Ereignisse ein, die die Armee in den Grundfesten erschüttert. Im November erschießt ein Soldat in Zürich eine Passantin – und Schmid muss die Heimgabe der Armeewaffe verteidigen. 2008 überschlagen sich die Ereignisse: Zunächst bricht Schmid endgültig mit der SVP. In einer für den Taktiker typischen Art wirkt er bei der Gründung der BDP hinter den Kulissen mit, laviert aber zunächst gegen ausen.

Schliesslich steht Schmid definitiv ohne Hausmacht da. Aus dem Gestalter ist ein Getriebener geworden, dem aus jedem Fehler ein Strick gedreht wird. Er nimmt Schmäherungen in Kauf, wie es noch nie ein Bundesrat erfahren hat. Sein Hauptziel für 2008, die Schaffung eines Sicherheitsdepartements, muss er begraben. Stattdessen zwingt ihn die Affäre Nef in die Knie. Doch dann kommt dem Bedrängten die Finanzkrise zu Hilfe: Plötzlich steht ein anderes Thema im Fokus. Und auch der Druck der SVP lässt nach. Die Partei kann sich nicht auf einen Bundesratskandidaten einigen und sagt nun doch Ja zum Rüstungskredit. Taktisch klug nutzt Schmid den Moment für die Rücktrittsankündigung – noch bevor die Geschäftsprüfungskommission neue Details zur Affäre Nef enthüllt und bevor er sich der Wahl zum Vizepräsidenten hätte stellen müssen. Den Entscheid fällt Schmid in der Nacht auf gestern zusammen mit seiner Frau. Verena Schmid tolerierte es spätestens nach der Gallenblasenoperation des 61-Jährigen nicht mehr, dass dieser als Bundesrat seine Gesundheit aufs Spiel setzt.

Alle Volksabstimmungen gewonnen

Schmid wird als tragische Figur in Erinnerung bleiben. Zwar hat er alle Volksabstimmungen gewonnen, die Armee verkleinert und modernisiert. Gleichzeitig schoss sich aber Traditionalisten, Armeegegner und Heckenschützen aus den eigenen Reihen auf ihn ein. Sein Bruch mit der eigenen Partei ist einmalig in der Geschichte des Bundesrats. Wenngleich Schmid nicht für alle Probleme einer Armee im Umbruch verantwortlich gemacht werden kann, nährt sein Versagen in der Causa Nef doch den Verdacht, dass er auch anderswo zu wenig genau hingesehen hat – und dass sich gewisse Probleme bei der Umsetzung der Reformen hätten vermeiden lassen.

In den grossen Zügen hat Schmid jedoch nicht versagt. Er kämpfte für eine Armee, die international kooperiert und sich auf moderne Bedrohungsszenarien ausrichtet. Er tat dies im Wissen, dass sein Handlungsspielraum begrenzt und der Widerstand gross sein würde. Bis zuletzt setzte er auf die «verführerische Kraft der Vernunft». Und unterschätzte die Entschlossenheit des Parlaments, das in seinem Fall nicht mehr bereit war, zwischen Sach- und Personalpolitik zu trennen.

Christoph Blocher lässt sich bitten

Kommt er oder kommt er nicht? Das war die erste Frage, die sich die politisch interessierte Öffentlichkeit gestern nach der Rücktrittsankündigung von Samuel Schmid gestellt hat.

Der Gefragte selber, Alt-Bundesrat Christoph Blocher, wollte sich dazu nur auf seinem Haussen der Teleblocher äussern. Und dort liess er sich nicht viel mehr entlocken, als er schon früher zu Protokoll gegeben hatte: «Das habe ich jetzt nicht zu beantworten», lautete seine erste Antwort auf die Frage nach einer allfälligen Kandidatur.

Was folgte, war ein Katz-und-Maus-Spiel, in dem Blocher seine Absichten tünlichst im Dunkeln liess. «Wir können ja nicht mit einem kommen, den niemand will», zog er an einer Stelle die Türe etwas zu, nur um sie wenig später wieder zu öffnen: «Ich muss doch nicht verzichten.» Hier deklarierte er, nichts für eine Kandidatur zu unternehmen, dort räumte er ein, er habe sich die Übernahme des Verteidigungsdepartements sehr wohl überlegt.

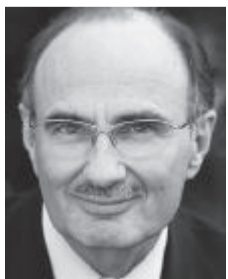
Überlassen will er den Entscheid der Fraktion, wobei ihm selber das Verdikt «egal» sei: «Wenn sie zum Schluss kommt, ich solle gehen, dann überlege ich mir das», so Blocher. «Wenn es nicht sein muss, dann danke ich allen.» (fri)



Ch. Blocher.

REKLAME

JR917-H



Felix Gutzwiller, Ständerat FDP

«Die Senkung des AHV-Alters widerspricht der höheren Lebenserwartung.»

Am 30. November zur linken AHV-Initiative **NEIN**
Komitee «NEIN zu neuen Milliardenlasten für die AHV», Postfach 5835, 3001 Bern www.gesunde-ahv.ch